

ANLEGERSCHÜTZER IM INTERVIEW

18.03.2013, 11:54 Uhr

## „Die Krise ist noch nicht vorbei“

von Jens Hagen

Die Märkte reagieren brüskiert auf den Rettungsplan für Zypern. Anlegerschützer Jürgen Kurz erklärt, welche Risiken deutschen Sparern drohen – und warum Anleger jetzt einen Aktienkauf erwägen sollten.



Jürgen Kurz ist Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz.

Quelle: PR

### Herr Kurz, welche Auswirkungen hat der Rettungsplan für Zypern für deutsche Sparer?

Keine.

### Wenn das Parlament dem Plan zustimmt müssen Zyprer zwischen sieben und zehn Prozent ihres Vermögens abgeben. Droht so etwas auch den deutschen Sparern?

Das erscheint mir ausgeschlossen. Dafür müsste Deutschland zum einen in einer Situation sein, in der der Staat seine Schulden nicht mehr bedienen könnte – wovon wir weit entfernt sind. Zum anderen müsste das deutsche Bankensystem ein Eldorado für Schwarzgelder sein, was es nicht ist. Zudem verfügt der deutsche Staat über sehr viel wirkungsvollere Methoden an das Geld seiner Bürger zu kommen. Etwa eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Zypern ist ein Sonderfall.

### So funktioniert die Zypern-Steuer

Alles anzeigen

#### Ein Schock für die Bankkunden

Für die Menschen in Zypern war die Ankündigung einer Steuer für Kontoinhaber ein Schock. Bankkunden sollen zur Kasse gebeten werden, die Regierung erhofft sich dadurch weitere Finanzmittel in Höhe von 5,8 Milliarden Euro. Ein Überblick, wie es funktioniert und welche Folgen es geben könnte.

#### Wie funktioniert die Steuer?

#### Wer ist betroffen?

#### Welche Reaktion ist zu erwarten?

#### Rettungspakt

### Wieso?

Im Vergleich zum zyprischen Bankensystem sind Schweizer Konten geradezu gläsern. Das Land hat bewusst Schwarzgeld und deren mehr oder weniger zwielichtige Besitzer angelockt. Das ist den Europäern natürlich nicht verborgen geblieben. Jetzt erhält das Land die Quittung. Es handelt sich also um eine Art Kapitalertragssteuer. Kritikwürdig ist natürlich, dass es keine Freibeträge für kleinere Sparvermögen gibt. Schließlich kann der normale Arbeiter oder Angestellte nichts für die aktuelle Situation. Das wird sicherlich nachverhandelt werden.

**Sollen Vermögende ihre Konten in Spanien, Griechenland oder Italien auflösen?**

Allein wegen Zypern besteht dazu aus meiner Sicht kein Anlass. Europa hat bereits etliche Rettungsprogramme für Banken gefahren, die ohne den Zugriff auf das Geld von Bankkunden auskamen. Denken Sie nur einmal an Spanien oder Italien. Zudem darf man nicht vergessen, dass in Zypern ganz bewusst ein Teil des un versteuerten Schwarzgeldes abgeschöpft werden soll. In den anderen Euro-Staaten gibt es das in dieser Form nicht.

**Die Ratings der Euro-Länder**

Alles anzeigen

<b>Belgien</b>
S&P Rating: AA Ausblick: Negativ
Moody's Rating: Aa3 Ausblick: Negativ
Fitch Rating: AA Ausblick: Negativ
<b>Deutschland</b>
<b>Estland</b>
<b>Finnland</b>
<b>Frankreich</b>
<b>Griechenland</b>
<b>Irland</b>
<b>Italien</b>
<b>Luxemburg</b>
<b>Malta</b>
<b>Niederlande</b>
<b>Österreich</b>
<b>Portugal</b>
<b>Slowakei</b>
<b>Slowenien</b>
<b>Spanien</b>
<b>Zypern</b>

**Die Finanzmärkte haben reagiert...**

... und das vor allem wegen der Unsicherheit. Kein Anleger mag unberechenbare Situationen. Aber genau das ist der Fall, solange die Zustimmung des Parlamentes noch aussteht. Im schlimmsten Falle droht eine finale Ablehnung und der Staatsbankrott. Das ist allerdings nicht sehr wahrscheinlich.

**„Auch in den kommenden Monaten wird noch viel Geld in den Aktienmarkt fließen“****Warum?**

Weder die Regierung in Nikosia noch die anderen Euro-Staaten haben ein Interesse am finanziellen Zusammenbruch des Landes. Meine Vermutung ist, dass das Paket mit einigen Änderungen bald abgesegnet wird. Dann dürfte sich die Rally an den Börsen weiter fortsetzen.

**Ist jetzt ein guter Zeitpunkt zum Einstieg?**

Wir empfehlen immer, Aktien auf lange Sicht zu kaufen. Wer aber jetzt bei einem soliden Titel zuschlagen möchte, kann dies tun – natürlich ohne die Garantie, dass es nicht noch ein paar Prozent runtergehen kann. Die Situation für Aktien bleibt gut. Die guten Unternehmenszahlen rechtfertigen hierzulande durchaus die vermeintlich hohen Kurse. Außerdem haben Anleger aktuell kaum eine renditeträchtige Alternative. Deshalb wird auch in den kommenden Monaten noch viel Geld in den Aktienmarkt fließen.

**Warum Hilfe für Zypern kein Selbstläufer ist**

Alles anzeigen

<b>Widerstand im deutschen Bundestag</b>
Im deutschen Bundestag, der einem ESM-Hilfsprogramm für Zypern zustimmen muss, scheint es derzeit keine Mehrheit für ein Rettungspaket zu geben. SPD und Grüne haben deutlich gemacht, dass sie einem Hilfsprogramm für Zypern nur zustimmen werden, wenn damit keine Schwarzgelder gerettet und Maßnahmen gegen die vermutete Geldwäsche im Land ergriffen werden. Ohne Stimmen aus dem Oppositionslager dürfte ein Hilfsprogramm für Zypern aber keine Mehrheit im Parlament erhalten. Denn in der Regierungskoalition gibt es zahlreiche Abgeordnete, die die Rettungspolitik grundsätzlich ablehnen.

■ **Fehlende Zustimmung des IWF**

■ **Schuldenmanagement ohne Aussicht auf Erfolg**

■ **Widerstand Zyperns gegen EU-Forderungen**

■ **Wirtschaftsmodell ohne Zukunft**

### **Droht wegen Zypern eine Rückkehr der Eurokrise?**

Die Situation an den Märkten zeigt uns: Die Krise ist noch nicht vorbei. Die Märkte sind nach wie vor ausgesprochen fragil. Es gibt keine Garantie, dass es in einigen Monaten nicht wieder einige Prozent runtergeht, wenn es etwa negative Nachrichten aus Italien oder Spanien gibt. Das Verkaufen schmerzt die Anleger aktuell außerdem kaum.

#### **Warum?**

Die Börsen sind in den vergangenen Monaten gut gelaufen. Warum also nicht die Gewinne erst einmal mitnehmen und abwarten was passiert?

**Herr Kurz, wir danken für das Gespräch.**

### **Was für ein Zypern-Hilfspaket spricht**

Alles anzeigen

#### **▼ Angst vor erneuter Verunsicherung der Investoren**

Eine Staatspleite in Zypern wäre der Beweis, dass die Euro-Länder doch nicht bereit sind, ein Land um jeden Preis zu retten. Die Politiker könnten befürchten, dass dann die Risikoaufschläge für Peripherie-Staatsanleihen wieder hochschnellen, auch wenn wir nicht davon ausgehen, dass die Krise wieder hochkocht.

■ **EU würde politisch Schaden nehmen**

■ **Größerer Einfluss Russlands**

■ **Militärisches Interesse Russlands**

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.